

# Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

und  
**Waldenburger Anzeiger.**

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladent 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N<sup>o</sup> 65.

Sonntag, den 19. März

1882.

## Bekanntmachung.

Das Tabak- und Cigarrenrauchen in Scheunen, Ställen, auf Böden und in anderen Räumen, welche zur Aufbewahrung feuerfangender Sachen dienen, in gefährlicher Nähe von feuerfangenden Sachen überhaupt, sowie in Wäldern oder Heiden wird für den hiesigen Verwaltungsbezirk bei Geldstrafe bis zu 60 Mark — oder Haft bis zu 14 Tagen verboten.

Waldenburg, den 17. März 1882.

Der Stadtrath.  
Cunrady, Bürgermeister.

## Auction.

Künftigen Montag, den 20. d. M., soll die Mauer um den alten Friedhof zum Abbruch aufs Meistgebot verkauft werden. Zusammenkunft am alten Friedhof Vormittags 10 Uhr.

Die Bedingungen sind vor Beginn der Auction zu erfahren.

Waldenburg, den 18. März 1882.

Der Bauauschuß des Kirchenvorstandes.

\*Waldenburg, 18. März 1882.

## Der Zusammenhang der inneren und äußeren Colonisation mit dem Tabaksmonopol.

Von allen Bedenken, welche dem Tabaksmonopol entgegengestellt wurden, hat die Reichsregierung bis jetzt nur ein Bedenken nicht beseitigen können, nämlich dasjenige, welches den Mangel an Ersatzgeschäften für die Abgefundenen zum Gegenstande hat. Nur in diesem einen Punkte verließ den begabten, sachkundigen und schlagfertigen Unterstaatssekretär von Mayr seine sonstige Kraft zu überzeugen vollständig, denn seine Versicherung, „daß die Entschädigten auf derselben Stelle mit ihrem Kapital neue Geschäfte anfangen könnten“ schwebt leider ganz und gar in der Luft. Eine solche Möglichkeit scheidet in Deutschland an der absoluten Ueberfüllung aller Geschäftsbranchen und wo sie besteht, kann sie nur auf der wirtschaftlichen Leiche eines durch die überlegene Kapitalkraft des Eindringlings ruinirten Nebenbuhlers zur Wirklichkeit werden: eine Chance, welche auf Grund der landesväterlichen Kaiserbotschaft vom 17. November v. J. socialpolitisch verworfen werden muß. Diese landesväterliche Botschaft, wie die ganze socialreformatorische Logik, verlangen gebieterisch, daß unsere Staatskunst in demselben Augenblick, wo sie eine große Anzahl Geschäftsleute aus ihrem Berufe herausdrängt, nach Möglichkeit für Ersatzansiedlungen sorgt, und zwar aus derselben neuen Finanzquelle, welche sich die Regierung durch die Enteignung erschließt. Concret geredet würde das in dem vorliegenden Falle folgendes heißen: Das Tabaksmonopol würde nur unter der Bedingung ins Leben treten dürfen, daß aus dem finanziellen Jahresertrag von ca. 150 Millionen vorab auf die Dauer von 10 Jahren alljährlich 30 Millionen zu Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und Ansiedlungsstellen benützt werden, und zwar:

zehn Millionen für Anlegung deutscher Ackerbau-Colonien in Südamerika,

zehn Millionen für Anlegung tropischer Plantagen in Central-Afrika behufs der selbstständigen Versorgung Deutschlands mit Colonialwaaren, Rohstoffen und Getreide, sowie endlich

zehn Millionen für die Zwecke der inneren Colonisation, sowohl der landwirtschaftlichen wie der industriellen.

Werfen wir auf alle drei Verwendungsarten und ihren Zusammenhang mit dem Tabakmonopol ein schnelles Streiflicht.

Mit jährlich 10 Millionen Mark lassen sich in Südamerika zahlreiche Heimathstätten gerade für solche kapitalschwache Existenzen schaffen, welche in Deutschland schon seither dem geschäftlichen Kampf ums Dasein nicht gewachsen waren, aber wie todte Fliegen massenhaft zu Boden stürzen würden, wenn ihnen plötzlich wie eine zermalmende Klappe aus den Monopolabfindungen ein Concurrrenzkapital von mehreren Hundert Millionen und ein damit ausgerüsteter Schwarm neuer Concurrenten auf den Kopf fallen würde. Eine systematische Ansiedlung in Südamerika würde das wirtschaftliche Schlach-

feld in Deutschland höchst wohlthätig evacuiren und manchen Leicht- und Schwerverwundeten aus der ökonomischen Lebensgefahr befreien.

Dasselbe läßt sich von einer tropischen Cultivation in Centralafrika sagen. Auch diese würde in Deutschland insofern Luft schaffen, als bei ihr zahlreiche Menschen für Administrationszwecke Beschäftigung finden könnten. Vor allen Dingen aber böie sie durch ihre ungewöhnlich reichen Finanzerträge eine Möglichkeit, dasjenige „Patrimonium des Armen“ für die Zwecke einer Altersversorgung zu schaffen, welches in den Ideen des Reichskanzlers ursprünglich das sociale Ziel des Tabaksmonopols bildete, während es neuerdings dem fiscalischen Egoismus und der Majoritäts speculation zum Opfer fiel, so daß davon nur eine wehmüthige Erinnerung übrig blieb. Tropische Staats-Plantagen können das im Tabakmonopol visionsartig entwindende „Patrimonium des Armen“ zur Wahrheit machen, denn es handelt sich um jährlich eine ganze Milliarde, welche Deutschland gegenwärtig für Colonialwaaren, Rohstoffe und Getreide dem Ausland zahlt, weil es verabsäumt hat, sich diesen ungeheuern, zudem von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf in eignen überseeischen Plantagen zu sichern.

Was ferner die dritten 10 Millionen Mark für die Zwecke der landwirtschaftlichen und industriellen Colonisation im Inlande betrifft, so denken wir dabei an die Schaffung solcher neuen Arbeitsstellen, wie noch kürzlich die Herren Jannasch, Hessel und Koch darauf aufmerksam machten. Im Club der Landwirthe betonte Dr. Jannasch die Möglichkeit, auf dem Wege der industriellen Colonisation, beispielsweise in den nothleidenden Bezirken Schlesiens eine blühende Holzindustrie, in Pommern und Westpreußen eine Thonwaaren- und Glasindustrie schaffen zu können. Im preussischen Volkswirtschaftsrath hob Herr Hessel hervor, daß sich in Deutschland noch Arbeitsstellen für Millionen schaffen ließen. „Wenn durch Canalverbindung vom Rhein bis zur Ober die Bergbauindustrie des Westens auch dem Süden zugänglicher werde, müßte es leicht sein, auch unsere Moore in Cultur zu bringen, welche Erträge bis zu 45 m pro Morgen abwerfen.“ Aehnliche Anregungen giebt Herr Bergwerksdirector Koch im Düsseldorfener Anzeiger sehr häufig. Das Thema bildet einen weit ausspinnbaren Faden. Es ist nur erforderlich, daß ihn die Regierung einmal fest in die Hand nimmt.

Insgesamt besteht auf der Grundlage der landesväterlichen Kaiserbotschaft und der ganzen socialreformatorischen Logik zwischen der geschäftlich deplacirenden und revolutionirenden Wirkung des Tabaksmonopols und den vorbeugenden und heilenden Möglichkeit der inneren und äußeren Colonisation ein inniger Zusammenhang, auf welchen wir hiermit aufmerksam machen wollten.

\*Waldenburg, 18. März 1882.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Prinz Karl, der einzige noch lebende Bruder un-

teres Kaisers, soll jetzt häufig besorgnißerregenden Schwächeanfällen unterliegen. Der Prinz steht bekanntlich im 82. Lebensjahre.

Zu des Kaisers Geburtstag wird auch Prinz Georg von Sachsen in Begleitung des Kriegsministers v. Fabrice in Berlin eintreffen.

Fürst Bismarck soll beim Kaiser die Nobilitirung des Unterstaatssecrätars Busch beantragt haben. Die Erfüllung dieser Bitte soll nichts entgegenstehen.

Die Eisenbahncommission hat für den preussischen Landeseisenbahnrat eine Zusammensetzung vorgeschlagen, die derjenigen des Volkswirtschaftsraths ähnelt. Der Landeseisenbahnrat soll bestehen aus 42 Mitgliedern, von denen je 10 von den Ministern (der Vorsitzende und dessen Stellvertreter vom König) und die übrigen dreißig von den Bezirkseisenbahnräthen ernannt werden sollen.

War schon die schleunige Anerkennung des Königreichs Serbien durch die Cabinete von Berlin und Wien ein sehr bedeutungsvoller Wink nach Petersburg und eine Antwort auf die Ueberhebung des Panlavismus in Stobelew's Brandreden, so dürfte in nächster Zeit eine weitere Thatsache sich vollziehen, welche den Beweis liefert, daß man in Wien und Berlin Willens ist, im Orient nach dem wohlverstandenen eigenen Interesse und ohne Rücksicht auf die panslavistischen Tendenzen der russischen Politik vorzugehen. In wohlunterrichteten Kreisen verlautet, daß in Berlin mit dem Grafen Wolfenstein die Frage der formellen und definitiven Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina in den österreichisch-ungarischen Kaiserstaat verhandelt worden ist.

In Berlin sprach im Deutschen Bürgerverein am Dienstag Abend der Abg. Cremer über „Steuerverhältnisse in Preußen“ vor einer großen Versammlung. Das preussische Steuersystem müßte im Vergleich zu den Verhältnissen anderer Staaten mindestens als außergewöhnlich bezeichnet werden. Während z. B. in England nur 13 pCt. directe und 87 pCt. indirecte Steuern gezahlt werden, sei man mit dem Besteuerungsmodus in Preußen bei 46 pCt. directen und 54 pCt. indirecten Steuern in der That zu dem Punkte angelangt, der eine weitere Erhöhung der directen Besteuerung absolut nicht mehr vertrage, und doch erfordere das Bedürfniß des Staates neue Einnahmequellen. Eine gesunde indirecte Besteuerung sei um so empfehlenswerther, weil sie neben der finanziellen Einnahmequelle auch als Schutz Zoll zugleich die nationale Arbeit heben und zu einer concurrenzfähigen, wohlgeordneten Macht im Staate gestalten soll.

Der permanente Ausschuß des preussischen Volkswirtschaftsraths begann am 17. d. die Berathung des Unfallgesetzes. Baare sprach, für Kalb gegen den Entwurf. Der von Sünendahl eingebrachte, durch Henkel, Koch, Hessel, Banderbrügge und Wolff bekämpfte Entwurf wird einer siebenköpfigen Commission überwiesen. Betreffend die Versicherungspflicht wollen Henkel das Jahreseinkommen auf 1500 Mk., Landsberg, Kochmann und Kalb auf 2000 Mk. fixirt wissen, im übrigen bildeten in dieser Beziehung die landwirtschaftlichen Arbeiter bis